

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Mündliche Anfrage 1289

der Abgeordneten Marie Schäffer (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Landesregierung

Aussetzen von Abschiebungen in den Iran

Am 13. September 2022 wurde die Iranerin Jīna (Mahsa) Amīnī von der Sittenpolizei verhaftet, weil sie ihr Kopftuch nicht ordnungsgemäß getragen haben soll. Aus dem Polizeigewahrsam wurde sie nach kurzer Zeit in ein Krankenhaus gebracht, wo sie verstarb. Daraufhin entbrannte im Iran eine landesweite Protestwelle, die vor allem von Frauen, LGBTIQ*-Aktivistinnen und -Aktivisten, Schülerinnen und Schülern sowie Studentinnen und Studenten angeführt wird. Immer häufiger stellen sich Männer an die Seite ihrer Mütter, Töchter und Schwestern. Die iranische Regierung geht mit immer brutaleren Mitteln gegen die Demonstrierenden vor. Seit Beginn der Demonstrationen wurden Hunderte Iranerinnen und Iraner getötet und Tausende verschleppt und inhaftiert.

Am 6. Oktober forderte Bundesinnenministerin Faeser die Bundesländer auf, sich schnell zu einem Abschiebestopp abzustimmen. Wegen der desaströsen Menschenrechtsslage seien Abschiebungen in den Iran nicht verantwortbar. Elf Bundesländer reagierten bereits mit der Aussetzung von Abschiebungen.

Ein beim Auswärtigen Amt in Auftrag gegebener Asyllagebericht zur Sicherheitslage im Iran soll der Beschlussfassung eines Abschiebestopps in den Iran im Rahmen der nächsten Herbstministerkonferenz der Innenminister und -senatoren zugrunde gelegt werden. Es wird erwartet, dass die IMK einen Abschiebestopp für Abschiebungen in den Iran beschließt.

Ich frage die Landesregierung: Ist sichergestellt, dass aus Brandenburg zumindest bis zur Beschlussfassung eines Abschiebestopps für Abschiebungen in den Iran im Rahmen der nächsten Innenministerkonferenz keine Abschiebungen in den Iran stattfinden?